

**CONV 132/02**

**WG III 4**

**ZUSAMMENFASSUNG**

---

des	Sekretariats
für	die Gruppe "Rechtspersönlichkeit"
Betr.:	Zusammenfassung der Sitzung vom 18. Juni 2002

---

**Vorgehen**

1. Um den Anträgen einiger Mitglieder nachzukommen, wird der Vorsitzende sich darum bemühen, dass in der nächsten Sitzung aus dem Italienischen, dem Spanischen und dem Deutschen gedolmetscht wird.
2. Die Gruppe hat das Dokument CONV 103/02 über den Zeitplan der Sitzungen geprüft und sich auf die Termine für die nächsten drei Sitzungen geeinigt: 26. Juni (9.00 - 12.30 Uhr); 10. Juli (9.00 - 12.30 Uhr) und 18. Juli (9.00 - 12.30 Uhr). Die Termine für die darauf folgenden Sitzungen werden in der nächsten Sitzung geprüft.
3. Die Gruppe hat beschlossen, Sitzungen nicht öffentlich abzuhalten, es sei denn, sie trifft einen gegenteiligen Beschluss.
4. Je Mitglied darf ein Mitarbeiter an den Sitzungen teilnehmen; das Mitglied selbst sollte jedoch dem Sekretariat den Namen dieses Mitarbeiters angeben.
5. Schriftliche Beiträge sind willkommen, bleiben allerdings in der Originalsprache.

**Inhaltliche Diskussion**

6. Der Vorsitzende unterbreitete seine Arbeitsunterlage (SN 2775/02). In seiner Einleitung wies er darauf hin, dass die Gruppe sehr wohl Zeit auf die Frage aufwenden könne, ob die Union bereits Rechtspersönlichkeit besitze oder nicht. Wichtig sei es jedoch zu ermitteln, welche Folgen eine explizite Rechtspersönlichkeit (eine einzige oder eine vierte) der Union mit sich brächte. Welche Folgen hätte sie beispielsweise für:
  - die derzeitige Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten;
  - die derzeitigen Verfahren für die Aushandlung und den Abschluss von internationalen Übereinkommen;

- das derzeitige System der Vertretung auf internationaler Ebene (z.B. IWF);
  - die Säulenstruktur.
7. Andere Teilnehmer hielten es für wichtig, schrittweise vorzugehen und zuerst die allgemeineren und dann die konkreteren Fragen zu behandeln. Es wurde darauf hingewiesen, dass die explizite Anerkennung Änderungen "konstitutioneller" Art mit sich bringen würde; in diesem Zusammenhang wurde die Entschließung des Europäischen Parlaments über die Rechtspersönlichkeit der Union genannt. Zu den etwaigen Auswirkungen auf die derzeitige Kompetenzabgrenzung wurde erklärt, dass eine explizite Anerkennung an sich keine Änderung der derzeitigen Zuständigkeitsstruktur oder der bestehenden Verfahren für den Abschluss von Übereinkommen implizieren würde. In diesem Zusammenhang müssten die Folgen einer einzigen oder einer vierten Rechtspersönlichkeit bewertet werden. Hinsichtlich einer möglichen Verschmelzung der drei bestehenden Säulen wurde darauf hingewiesen, dass es sich dabei nicht um eine "Übernahme" durch die erste Säule, sondern vielmehr um eine "Verschmelzung" in dem Sinne handeln solle, dass die Merkmale der zweiten und der dritten Säule erhalten bleiben. Es wurde ferner erwähnt, dass eine Verschmelzung der Säulen der Vereinfachung der Verträge zugute kommen könnte.

#### **Nächste Sitzung**

8. Die Teilnehmer nahmen den Vorschlag des Vorsitzenden an, in der nächsten Sitzung am 26. Juni die Juristen des Parlaments, des Rates und der Kommission anzuhören. Davor (von 9.00 bis 10.15 Uhr) wird die Gruppe einen Gedankenaustausch auf der Grundlage des vom Vorsitzenden unterbreiteten Dokuments SN 2775/02 führen. (Es wurde vorgeschlagen, dass in der Sitzung am 10. Juli Mitglieder des Europäischen Gerichtshofs und das Mitglied des Europäischen Parlaments Herr Westendorp gehört werden.)
-